

Bezugspreis: Vierteljahr 4.20 Mk., monatlich 1.50 Mk. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Der Anzeigenpreis: beträgt 1. die siebenzehnhundert Kolonnenzeile ...

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Montag, den 10. Dezember 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Das Ende des Kampfes um Deutsch-Ostafrika

Artilleriekämpfe an der englischen Front im Westen und an der italienischen Gebirgsfront.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 9. Dezember 1917.

Westlicher Kriegsschauplatz.

In den einzelnen Abschnitten der flandrischen Front, südlich von der Scarpe sowie zwischen Rocquès und ...

Auf der übrigen Westfront blieb die Geschäftstätigkeit gering.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Wazedonische Front.

Nordöstlich vom Dojan-See wurden mehrere feindliche Kompagnien, die sich den bulgarischen Vorposten zu nähern versuchten, durch Feuer vertrieben.

Italienische Front.

Auf der Hochfläche von Asiago, am Monte Tomba und am Montello zeitweilig erhöhte Artillerietätigkeit.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorff.

Abendbericht.

Berlin, amtlich. 9. Dezember, abends. Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Wien, 9. Dezember. Amtlich wird verlautbart: Westlicher Kriegsschauplatz. Waffenruhe.

Italienischer Kriegsschauplatz.

In Venetien lebhafterer Artilleriekampf. Der Chef des Generalstabes.

Deutsch-Ostafrika in englischen Händen.

Amtlicher englischer Bericht aus Ostafrika vom 1. Dezember.

San Deventer berichtet: Aufklärungsabteilungen haben eindeutig die Tatsache festgestellt, daß Deutsch-Ostafrika vollständig vom Feinde frei ist. ...

Dazu schreibt Wolffs Bureau: „Zu vorstehender Meldung über die Aufgabe Deutsch-Ostafrikas durch Generalmajor v. Leitow ...“

Nicht den Siegern wird die Geschichte hier bereits ein Ruhmesblatt einräumen, sondern diesem beispiellosen Heldentum der Westfront, der seinesgleichen kaum hat. ...

Der Heroismus der Deutschen in Ostafrika und die ergreifende Treue der schwarzen Eingeborenen zu ihnen. Die Deutschen haben der Sendung Europas im äquatorialen Afrika auch in diesen furchtbaren Kampfesjahren Ehre gemacht.

Oesterreich und Elsass-Lothringen.

Eine deutschoffizielle Erklärung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ beschäftigt sich ausführlich mit der Rede des Grafen Czernin, in der er der Behauptung, die Oesterreicher sollten im Westen für deutsche Eroberungen kämpfen, ein kategorisches „Nein“ entgegensetzt ...

Die offizielle Erklärung bedeutet einen neuen Schritt zur vollständigen Klarheit über die deutschen Kriegsziele. Wenn andere Momente als der Wunsch Frankreichs nach Elsass-Lothringen als „ernsthafte Friedenshindernisse“ nicht in Frage kommen, so ist damit gesagt, daß die deutsche Regierung friedenshindernde Forderungen nicht erheben oder sie, sobald sie sich als ernstes Friedenshindernis erweisen, fallen lassen will.

Wien, 9. Dezember. Die Reise des Ministers des Aeußern Grafen Czernin nach Berlin mußte wegen plötzlichen Unwohlseins des Ministers unterbleiben.

Rücktritt der Regierung in Portugal.

London, 9. Dezember. (Reuter.) Die Revolution in Oporto schloß mit einem Erfolge der Revolutionäre. Die Regierung demissionierte, und Affonso Costa bildete die provisorische Regierung, der auch der frühere portugiesische Gesandte in Berlin Sidonio Paes angehört.

Dem Pariser „Temps“ wird aus Madrid gemeldet: Man kennt keine Einzelheiten über die Ereignisse in Lissabon. Die Bewegung soll von der Unionistenpartei trotz des Widerspruchs ihres Führers geleitet sein. Eine latente Ministerkrise habe seit einiger Zeit in Portugal bestanden und Affonso Costa habe infolge harter Angriffe beschlossen, sein Amt niederzulegen.

Dieser Bericht des „Temps“ verschafft entschieden der Vermutung Raum, daß die Auflehnung der Bevölkerung gegen den Krieg die Unruhen zum Ausbruch getrieben hat.

Amerikas Kriegserklärung an Oesterreich.

Verfolgung der österreichischen Staatsangehörigen.

Washington, 8. Dezember. (Reuter.) Infolge der Kriegserklärung gegen Oesterreich-Ungarn werden über eine Million Personen auf die Liste der feindlichen Staatsangehörigen gesetzt werden. Viele, die lange verdächtig waren, die Kriegspläne der Regierung zu hindern, wurden verhaftet und werden interniert werden, wenn sie die Behörden nicht davon überzeugen können, daß sie friedliche Absichten haben.

Ecuador gegen Deutschland.

Amsterdam, 9. Dezember. Reuter meldet aus Guayaquil: Offiziell wird bekanntgemacht, daß Ecuador die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen hat.

Das Selbstbestimmungsrecht der Ostvölker.

Die Letten.

Der Bevölkerung der kriegsbedienten Gebiete der russischen Ostprovinzen soll nach dem Willen der Völker Rußlands und der Mittelmächte das volle Selbstbestimmungsrecht verliehen werden. Da dieser Begriff stark umstritten ist, wird es sich bei den kommenden Friedensbesprechungen darum handeln, zunächst einmal über ihn selbst zwischen den Unterhändlern klare Uebereinstimmung zu erzielen, und dann wird noch einer vereinbarten Methode der wirkliche Wille der Bevölkerung zu ergründen sein.

Die Frage, was die Letten selbst wollen, wird damit zu einem entscheidenden Gesichtspunkt für die Gestaltung des künftigen Friedens, und als Beitrag zu ihrer Beantwortung haben wir am Sonnabend jenen Aufruf der lettischen Flüchtlingsorganisationen wiedergegeben, der sich gegen die Angliederung der baltischen Provinzen, insbesondere gegen jede Zerstückelung Litauens (durch Preußen und Polen) mit leidenschaftlicher Entschiedenheit ausspricht.

Die in Livland selbst befindliche lettische Bevölkerung hat sich in dem Livländischen Landestrat eine Zentralorganisation gegeben, die im Verein mit lokalen und beruflichen Organisationen (Rigauer Arbeiterdeputiertenrat, Kreftivkomitee der lettischen Schützenregimenter u. a.) gleichfalls wiederholt ihre Auffassung über die Zukunft Lettlands kundgetan hat. So wurde von einer am 30. Juli d. J. in Rigai stattgehabten Konferenz eine Erklärung beschlossen, die das „volle Selbstbestimmungsrecht“ für das lettische Volk forderte.

Gemäß dem auf der Konferenz einstimmig geäußerten Willen des lettischen Volkes erklären heute die Vertreter politisch maßgebender Kreise der lettischen Nation:

„Mit dem Vorwachen des deutschen Heeres wird die Frage der künftigen Gestaltung Lettlands in wachsendem Maße zum Problem internationaler Politik, denn an ihrer dauernden Regelung haben nicht nur die Nachbarstaaten, Deutschland und Rußland, sondern ganz Europa ein wichtiges Interesse.“

In dem wir von der Entschlieung vom 30. Juli von dem Prinzip der Selbstbestimmung des Volkes Lettlands auch weiterhin ausgehen, betonen wir unter eingehender Würdigung der neuen Lage, daß, falls die sich kreuzenden Interessen der internationalen Politik die Rückkehr Lettlands in die Grenzen der russischen Demokratie unmöglich machen sollten, das weitere Schicksal unseres Landes nicht von einer Fortsetzung der kriegerischen Konflikte abhängig gemacht werden soll. Im Interesse seiner friedlichen Lösung ist die internationale Regelung der unser Land angehenden Rechtsfragen notwendig. Unter besonderer Beachtung des Umstandes, daß die weitere Entwicklung eines freundschaftlichen nachbarstaatlichen Friedens zwischen Deutschland und Rußland nur möglich ist, wenn durch friedliche Verständigung der Staaten ein Ausgleich der Interessen an der baltischen Küste herbeigeführt wird, diese aber ausgeschlossen erscheint, wenn die eine oder die andere Macht den wichtigsten Teil der baltischen Küste in ihrer Hand behält, treten wir im Streben nach einem demokratischen Frieden, der auch die wirtschaftliche und politische Zukunft Lettlands sichern soll, für die Neutralisierung Lettlands ein, indem durch internationale Rechtsgarantien aus Lettland ein autonomer Zwischenstaat gebildet wird. Ein republikanisches, neutralisiertes, ungeteiltes Lettland, das über seine Landesverfassung, seinen Boden und seine neutrale Küste nach Höfen nach freiem Entschluß des Volkes verfügt, ist eine unabwendbare Forderung, die aus der gemeinsamen Entschlieung vom 30. Juli hervorgeht. In dieser Lösung erblickt das lettische Volk die einzige Möglichkeit einer entsprechenden kulturellen Entwicklung des baltischen Landes und die Sicherung seines wirtschaftlichen Aufschwungs. Im Zusammenhang damit müssen wir alle Bestrebungen zurückweisen, die auf Verdrängung, Verrufung oder Kolonisierung der baltischen Lande hingenähen.

Eines jeden feindlichen Gefühls gegenüber dem deutschen Volke bar, müssen wir doch eine Angliederung des lettischen Landes oder eines seiner Teile, gleichgültig in welcher Rechtsform, an Deutschland auf das entschiedenste ablehnen, weil ein solcher Schritt nur den Keim neuer Konflikte in sich tragen und unsere wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten beeinträchtigen würde.“

Das Bemerkenswerteste an dieser Kundgebung ist, daß hier die lettische Frage als internationale, das Interesse der Nachbarstaaten stark mitberührende Frage aufgeführt und eine allen beteiligten Gruppen Rechnung tragende Lösung vorge-

schlagen wird. Mit dem Ziel völliger Unabhängigkeit folgen die Letzten den Spuren der Finnen und Esten. Der Vorschlag eines solchen neutralisierten Zwischenstaats verdient auf jeden Fall ernsthafte Beachtung. Mit ehrlichem Willen von allen Seiten muß es gelingen, dem Wunsch der Letzten gemäß „durch friedliche Verständigung einen Ausgleich der Interessen an der baltischen Küste herbeizuführen“, und zu verhindern, daß etwa ein Lettlands willen der Krieg fortgesetzt wird.

Die Schaffung eines neutralen Zwischenstaates an der Ostsee würde aber auch den Vorteil haben, daß alle Sorgen um „militärische Sicherungen“ im Osten dadurch noch hinlänglicher würden, als sie es ohnehin sind. Die Letzten fürchten von solchen Sicherungen eine Zerreißung ihrer nationalen Einheit, und es ist gar nicht zu bezweifeln, daß ihr Wunsch, eine solche Zerreißung zu verhindern, bei der gegenwärtigen russischen Regierung die nachdrücklichste Unterstützung finden wird. Ein Frieden, der zum Vorteil künftiger Kriegführung das Selbstbestimmungsrecht der Völker mißachtet, wäre zweifellos nach russischer und auch nach deutsch-sozialistischer Auffassung kein demokratischer, sondern ein imperialistischer Frieden. Deutschland aber ist selbst im höchsten Maße an dem Abschluß eines demokratischen Friedens mit Rußland interessiert, der die gegenseitige Abrüstung ermöglicht und die Schaffung „militärischer Sicherungen“ überflüssig macht. Die beste „militärische Sicherung“ ist die politische Sicherung durch Herstellung eines festen Freundschaftsverhältnisses, das die Gefahr neuer Kriege ausschließt. Die Erreichung dieses hohen Ziels darf durch keinen Streit im Vordersehen gefährdet werden.

Krylenkos Sieg über Duchonin.

Die Erklärung des russischen Hauptquartiers.

Saparanda, 5. Dezember. (Beripäet eingetroffen. Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) „Pravda“ meldet vom 4. Dezember: Das Hauptquartier ist aufgelöst worden. Morgen reise ich von Mohilew ab und trete mein Amt an.

Petersburg, 4. Dezember. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Oberbefehlshaber Krylenko richtete über die Aufhebung des gegenrevolutionären Hauptquartiers die folgende

Rundgebung an die Mannschaften und Seeleute!

Witebsk, 20. November. Ich bin an der Spitze der revolutionären Truppen in Mohilew eingerückt. Das von allen Seiten umzingelte Hauptquartier hat sich ohne Kampf ergeben. Das letzte Hindernis zur Erreichung des Friedens ist gefallen. Ich kann die traurige Tatsache der Ermordung des früheren Oberbefehlshabers Duchonin nicht mit Stillschweigen übergehen. Der Haß des Volkes hat über die Stränge geschlagen. Trotz aller Versuche, Duchonin zu retten, wurde er aus dem Wagen gerissen und getötet. Die Flucht des Generals Kornilow am Vorabend des Falles des Hauptquartiers war die Ursache der Ausschreitungen.

Kameraden! Ich kann die Besetzung der Fahne der Revolution nicht zulassen. Derartige Handlungen müssen auf das strengste beurteilt werden. Seid der erlangten Freiheit würdig! Selbst nicht die Macht des revolutionären Volkes, das führt im Kampfe, großmütig als Sieger sein muß.

Kameraden! Nach dem Fall des Hauptquartiers geminnt der Kampf für den Frieden neue Kraft. Die Revolution und die Freiheit ruft Euch auf zur Einigkeit und Manneszucht. Der Oberbefehlshaber: Krylenko.

Zur Geschichte dieser Vorgänge gehört noch folgende vom 4. Dezember datierte, verspätet eintrafende Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur, die von den Schwierigkeiten zeigt, denen die gegenwärtige Regierung durch gegenrevolutionäre Forderungen ausgesetzt ist. Die Meldung lautet: Die Vereinigung der Eisenbahner empfing aus dem Hauptquartier eine Depesche, in der verlangt wird, den Vormarsch der Truppen Krylenkos gegen das Hauptquartier zu verhindern, und in der es heißt, daß die Alliierten bereit seien, Waffenstillstandsverhandlungen aufzunehmen. Das Telegramm ist eine Lüge. Es ist keine Nachricht von den Alliierten über die Zustimmung, Waffenstillstandsverhandlungen einzuleiten, eingetroffen. Krylenko hielt seine Truppen nicht zurück, die das Hauptquartier umzingelten. Heute lief ein Telegramm von Krylenko aus Witebsk ein, in dem dieser meldet, daß das Hauptquartier sich ergeben hat. Der Mittelpunkt, der

einen Waffenstillstand hätte bereitein können, ist vernichtet.

Petersburg, 4. Dezember. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Eine Abordnung der Volks-Kommissare kam zu Besprechungen über den Waffenstillstand in der Gegend von Dinaburg an, wo sie sich mit deutschen Unterhändlern trafen. Die russische Abordnung setzte sich zusammen aus politischen Agenten der Regierung u. a. Solonoff und Kamene, aus Arbeitern, Soldaten, Matrosen und Vertretern des General- und Admiralsstabes.

„Wir gehen zum Frieden auch über alle Hindernisse hinweg.“

Die Erklärungen der Alliierten an Duchonin.

Stockholm, 8. Dezember. Heute ging die Petersburger „Iswestija“ vom 27. November ein, die Nummern vom 25. und 26. mit den Geheimdokumenten sind noch nicht eingegangen. Vorliegende Nummer gibt nur das bereits mitgeteilte Telegramm des Generals Sankewitsch in Paris an den Kriegsminister in Petersburg wieder, der Text stimmt überein. Der Leitartikel der vorliegenden Nummer behandelte die Erklärungen des französischen und amerikanischen Militärattachés an General Duchonin, die von „Iswestija“ wörtlich wie folgt wiedergegeben werden.

General Tscherbatschew telegraphiert an General Duchonin: Der Chef der französischen Militärmission, General Berthelet, hat mir nachstehende schriftliche Erklärung übergeben:

„Herr General, ich habe die Ehre, das Telegramm, welches ich von dem Präsidenten des Ministerrats und dem Kriegsminister erhalten habe, zu Ihrer Kenntnis zu bringen; in dem Bericht des russischen Hauptquartiers vom 21. November wird nichts gesagt über die Lage an der Front, statt dessen aber ein Bericht des Rates der Volkskommissare abgegeben, welcher dem Stabskommandierenden vorschlägt, mit den Kommandoschreibern des Gegners Unterhandlungen über sofortige Einstellung der Feindseligkeiten zu beginnen und zu Friedensverhandlungen zu schreiten. Ich ersuche Sie, dem russischen Oberkommando, dem Sie zugewandt sind, zu erklären, daß Frankreich die Gewalt des Rates der Volkskommissare nicht anerkennt und, überzeugt von dem Patriotismus des russischen Oberkommandos, darauf rechnet, daß letzteres endgültig jegliche verkehrerische Verhandlungen ablehnen und die russische Armee an der Front gegen den gemeinsamen Feind festhalten wird. Ferner hat Frankreich, welches sich mit Rußland durch die früheren militärischen Abkommen gebunden trachtet, bereits erklärt und erklärt auf neue bestimmt, daß es in Rußland keine Macht anerkennt, die imstande wäre, mit dem Gegner ein Übereinkommen zu treffen. Genehmigen Sie, Herr General, die Versicherung meiner vorzüglichen Hochachtung und Ergebenheit.“

Unterschrift: Berthelet.

Mosk., 12. November 1917. Nr. 01446. Tscherbatschew mit dem Original gleichlautend Generalmajor Obinzew. 2./12. 25. November 1917 an den Herrn Generalstabschef. Petrograd.

Ein, Ergelung! Mein Augenmerk ist auf nachstehende aus den Vereinigten Staaten kommende Meldung der Presse gelenkt worden:

Die amerikanische Regierung erklärte, daß keinerlei Transporte von Kriegsmaterial oder Lebensmitteln nach Rußland abgefertigt werden würden, solange sich nicht die Lage im Lande gelichtet hat. Die Regierung wünscht von der Erlaubniserteilung für den Abtransport amerikanischer Produkte zu wissen, in wessen Hände sie in Rußland fallen werden. Die Ausfuhr nach Rußland wird erst nach Formierung einer festen Regierungsgewalt, welche von den Vereinigten Staaten anerkannt werden kann, wieder aufgenommen werden. Falls aber die Bolschewiki am Ruder bleiben und ihr Programm des Friedensschlusses mit Deutschland durchführen sollten, so bleibt das augenblickliche Ausfuhrverbot nach Rußland in Kraft. Die Kredite an die provisorische Regierung in Rußland erreichen angeblich 425 Millionen Dollar, wovon 191 Millionen bereits assigniert sind und ein großer Teil dieser Summe für den Ankauf von Vorräten verwendet ist, welche bereits abendungsfähig ist. Die von Amerika für den Transport dieser Frachten bestimmten Schiffe sind fahrbereit. Sie werden aber nicht die Erlaubnis erhalten, die Häfen zu verlassen, und

es wird ihnen die Kohle verweigert werden. Es scheint mir nur gerechtfertigt, Gen. Erzellens mitzuteilen, daß weder ich noch der amerikanische Botschafter bisher Instruktionen über Meldungen, welche auf das Vorhergesagte hinauskommen, erhalten haben. Nichtsdestoweniger erheischt die Gerechtigkeit, Gen. Erzellens die Meinung auszusprechen, daß diese Freiseilung den Standpunkt der Regierung der Vereinigten Staaten richtig wiedergibt. Wir erwarten täglich den Eingang von diebezüglichen Mitteilungen. Ich habe diese Mitteilung vor Abschendung an Sie dem amerikanischen Botschafter vorgelesen, welcher mit dem Inhalt vollständig einverstanden ist. Ich benutze die Gelegenheit, Gen. Erzellens meine tiefe Hochachtung zu bekunden. Unterschrift: Brigadegeneral der Armee der Vereinigten Staaten, amerikanischer Militärattaché, Chef der amerikanischen Militärmission in Rußland.

Die „Iswestija“ üben an diesen beiden Dokumenten scharfe Kritik. Sollte man nicht annehmen, daß sich Herr Clemenceau einbildet, es werde ihm gelingen, dem russischen Volke sein Programm aufzuzwingen? Zur Erklärung des amerikanischen Militärattachés bemerkt das Blatt, die nordamerikanische Blattpresse sei einverstanden, Rußland nur gegen die Haupt russischer Soldaten Lokomotiven zu geben; wir halten dieses Äquivalent für zu hoch. Der Herr Diplomat, darin liegt gerade der Sinn der Revolution vom 25. Oktober. Das russische Volk ist nicht einverstanden, freundschaftliche, wirtschaftliche und politische Beziehungen zu seinen jetzigen Verbündeten so lange mit seinem Blut zu erkaufen, bis es dem Herrn Clemenceau oder den New Yorker Königen der Rüstungsindustrie genehm sein wird. In der Politik muß man mit Tatsachen rechnen, ob sie angenehm sind oder nicht; die Macht der Sowjets bedarf nicht der Anerkennung des Herrn Clemenceau. Wir gehen zum Frieden auch über alle Hindernisse hinweg.

Genf, 9. Dezember. („Frankf. Ztg.“) Hervé äußert sich in seinem Blatt in geradezu derbeigewiesenen Ausdrücken darüber, daß Frankreich und die Entente den Ereignissen im Osten vollständig ohnmächtig gegenüberstehen. Die Stimmung ist derzeit düster geworden, daß Clemenceau durch die Presse verkündigt, er werde nächste Woche im Parlament Gelegenheit nehmen, sich über die Kriegspolitik und die auswärtige Lage auszusprechen.

Das Ergebnis der Konstituante wahlen.

Basel, 8. Dezember. Havas meldet aus Petersburg: Die Maximalisten in Moskau senden fünf Vertreter in die Verfassungsgebende Versammlung, die Kadetten einen und die Sozialisten vier.

Stockholm, 7. Dezember. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Hauptvolksgewaltsausschuß hat einen Erlaß verfaßt, der den Wätern jedes Wahlbezirks auf Einspruch hin das Recht verleiht, Neuwahlen festzusetzen. Der Erlaß erstreckt sich auf alle durch Wahl zustande kommende Einrichtungen und auch auf die Verfassungsgebende Versammlung. Die Wähler werden also die Möglichkeit haben, die Gewählten, deren Politik nicht mehr ihren Neugierigkeiten entspricht, ihres Mandates für verlustig zu erklären.

Die bürgerliche Presse bespricht die Tatsache als einen Versuch der Bolschewiki, sich auf jeden Fall die Mehrheit in der Verfassungsgebenden Versammlung zu sichern.

Der Rat der Volkskommissare hat die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte als Staatseinrichtungen bevollmächtigt, die Steuern zu erheben.

Stockholm, 8. Dezember. Der hiesige Bolschewiki-Vertreter meldet aus Petersburg: Der zweite Kongress der Frontsoldaten ist hier eröffnet worden. Zum Präsidenten wurde der Führer Nadschikoff gewählt.

Rumänien und der Frieden.

Aus Stockholm wird uns gemeldet: Aus informierter Quelle erfahre ich, daß man sich auf Seiten der Entente-Regierungen in bezug auf Rumäniens Verbleiben im Krieg keine großen Hoffnungen macht. Vor allem hält man es für ausgeschlossen, daß die rumänische Regierung eine Situation schaffen wird, die sie mit der jetzigen russischen Regierung in Konflikt bringen könnte, da sich der rumänische Goldvorrat, der infolge der glänzenden Geschäftsjahre auf 900 Millionen Franks angeschwollen war, in Moskau befindet.

Wilhelm Stücken: Die Strafe nach Steinach.

Theater in der Königsgräberstraße.

Das Werk eines jugendlichen Dichters, der, am Schluß von ungewöhnlich lebhaftem Beifall gerufen, wohl ein Kriegsveteraner, auf einen Stuhl geführt, erschien. Es ist in diesem Stück ein unerschrockener Wille zur Konsequenz, aber auch, so namentlich im ersten Akte, noch viel Ungelenkigkeit, die in dem Streben, wesentliche Charakterzüge klar herauszuarbeiten, durch Gewalt in der Handhabung oft wider die Befindlichkeit der Natur verstoßt. Der Ton, in welchem die umschwebende schöne Geheimratstochter mit ihren drei Weibern in dem Salon der Eltern verkehrt, die ausgeübte Trottelhaftigkeit, die Schändlichkeit der Millionäre des Freierheerlebens, zur Schau trägt, und manches andere streift an die froh übertriebenden Absichtlichkeiten der Weiblichen und Sternchenmischen Komödien. Auch in dem zweiten, bereits viel individueller geprägten Akte spielt derlei mit. Doch zum Schluß lassen die zunächst so wirren Fäden zu einem eindeutigen lebendigen Bild zusammen, in dessen Licht gesehen dann auch das frühere eine andere Färbung annimmt, das Sprunghafte weniger als bloße Willkür denn als Abklärung auf den Weg zu einem planmäßig verfolgten Ziel erscheint. Anders der Dummkopfwilsonianer aus dem Kennen als Sieger hervorgeht, vollzieht sich ein Gesicht, das, in dem Geiste des ganzen Stückes verankert, für den Apus, den der Dichter darzustellen strebt, eine Art symbolischer Bedeutung hat. Das gilt der Arbeit ihren Wert, hebt sie beträchtlich über das alltägliche Niveau hinaus.

Viga, das schöne, von je mehrles vermehrte Fräulein, ist keine der gedankenlosen Damschönetten. Ihr zarter Geist gewöhnte sich schon früh, sich und die anderen in psychologische Reugier zu zerlegen, den Auszug gesellschaftlicher Sorgen, oder was ihr als solcher schien, abzuzerren. Sie wird ihr eigener Zuschauer und unterhält so in sich selber jede Unbefangenheit. Ihr Hochmut ergeht sich am Abstand, der sie so von der alltäglichen Umgebung scheidet, verzögert bei anderen das Empfinden, das sie selber fremd ist. Jede Spur von Fleiß auch im Verhältnis zur Mutter, die schließlich in all ihrer Oberflächlichkeit doch nur das Beste der Tochter will, ist ausgelöscht. Doch auch sie selber leidet. Die Scheu vor jeder Selbstprüfung, die ewig rege Lust am Reflektieren hat bei andernere Räte des Temperaments der Fähigkeit, sich einmal rückwärts und endlich zu verliehen, die Wurzeln abgegraben, so sehr sie sich nach solchem Kaufe sehnt. Sie selbst gesteht das einem der Besucher, dem Fabrikanten Wiethe. Im Taumel einer durch

Wagnersche Musik ausgelösten sinnlichen Erregung wirft sie sich dem Affessor Albin in die Arme, doch nur um ihm, der jugendlich enthusiastisch dem Widerstande ihrer reichen Eltern und seines Onkels trotzen will, am nächsten Tage zu erklären: von einer Heirat könne keine Rede sein, die Stimmung, die sie trieb, sei längst verfliegen. Der blinde Millionär und der brutal entschlossene Fabrikant schöpfen ein jeder neue Hoffnung. Dieser gerispiert dem jungen Menschen, den er zum Duell gezwungen, durch einen Schuß die Kniee. Die Waise erfüllt das Fräulein mit Entsetzen, ihre Einbildungskraft wird das Bild der gräßlichen Verstimmlung nicht los. Sie weist den Schützen, der zu ihr kommt, die Werbung zu wiederholen, schauernd ab. Einmal wie Liebe zu dem Verwundeten, an dessen Leiden sie die Schuld trägt, scheint sich in ihr zu regen, doch der ästhetische Abscheu ersticht das auf der Stelle. Ihr grau vor dem Alleinsein. Und als der Millionär, demütig-naiv, durch leinerlei Beleidigungen verschont, wieder bei ihr anklopft, findet er am Ende Schär. Der Mann dünkt ihr so unaussprechlich wie nur je, aber was er von den Wäldern und Schlössern seines Gutes Steinach erzählt, reizt ihre Phantasie. Kann man nicht lieben, so wird es sicher doch ganz unterhaltend sein, die Schloßherrin zu spielen.

Die Aufführung unter Reinhardts Regie läßt die schwierige Aufgabe, die ihr der eigenartige Stil des Stückes stellte, mit feinem Takt. Die drei Weiber waren durch die Herren Otto, Paul, Schürzel, der bürokratische Onkel durch Guido Herzfeld, die Eltern Vigos durch Gustav Vög und Frieda Richard gut getroffen. Eine geradezu glänzende Leistung bot Triza Gläher, die man in dem Komödienhause nur in gleichgültigen Gesellschaftsrollen gesehen hatte, als Viga.

Englische Friedenswetten.

Von jeder haben die Engländer eine Leidenschaft für das Eingehen von Wetten gezeigt, aus der sich ein wahrer Sport entwickelt hat. Und gar oft hat diese Leidenschaft rein versicherungstechnische Formen angenommen, nicht zum mindesten jetzt, in den Tagen des Weltkrieges. Bereits um das Jahr 1700 großtrotzte in London eine wahre Wettepidemie. Erkrankte beispielsweise eine bekannte Persönlichkeit, so war es das Ergebnis, eine Versicherung auf ihr Leben aufzunehmen; diese Versicherungen wurden an der Londoner Börse notiert und in den Zeitungen veröffentlicht, aus welchen Kurznotierungen der Kranke seinen Zustand oft besser beurteilen konnte als aus den Ausprüchen des Arztes. Diese und ähnliche Versicherungen wurden zu Ende des 18. Jahrhunderts derart ge-

bräuchlich in England, daß das Parlament sich im Jahre 1774 veranlaßt sah, alle Abschlüsse für ungültig zu erklären, nach welchen die versicherte Personlichkeit kein unmittelbares Interesse an der Versicherung hatte.

Im heutigen London ist es naturgemäß in erster Linie der Frieden, der Gegenstand dieser Wettelust ist, und zwar ist es dabei gleichgültig, ob es sich um Freund oder Feind handelt. So gingen Lloyd's früher im Jahre 1915 eine Versicherungswette über den Fall von Petersburg ein, deren Prämie sich auf 20 Gros, der Versicherungssumme belief. Der politische Anstrich dieses Geschäftes behagte jedoch der englischen Regierung nicht und sie verbot sehr bald diese „unpatriotische“ Wette. Auch die Verzwingung der Dardanellen war Anlaß zu einer Lloyd'sversicherung. Am 31. Oktober 1915 war Schlußtermin für die Wette, und die Teilnehmer von Lloyd's erlitten bedeutende Verluste. Bereits Ende des Jahres 1915 und Anfang 1916, als die Friedensgerichte da und dort hartnäckig wiederkehrten, beschäftigte sich der englische Versicherungsmarkt intensiv mit dem Abschluß von Friedensversicherungen. Die Ausfichten von 1916 waren danach z. B. gleich 1:4 für eine Verlängerung des Krieges über das Jahr 1916 hinaus. Im Juni 1916 sah man es in England als fast sicher an, daß vor Schluß des Jahres 1917 der Völkerring beendigt sein werde. Die Ausfichten hierfür wurden mit 8:1 bewertet. Anfang 1917 betrug die Lloyd's-Versicherungen gegen die Fortsetzung des Krieges nach dem 1. Juni 1917 1:5, d. h. denjenigen, die eine Prämie von 100 Wd. gezahlt hatten, mußte die Gesellschaft 500 Wd. ausbezahlen, nachdem der Krieg über den 1. Juni 1917 hinaus angehalten hatte. Einige Wochen später schloffen Lloyd's eine Versicherung bis zum 1. September 1917 gegen eine Prämie von 70 Proz. ab. Auf länger hinaus als bis Anfang September wollten sie sich inbezug nicht auf Versicherungen einlassen. Trotzdem nun alle diese Friedenswetten immer wieder verloren wurden, ließen die Engländer doch von ihrer Versicherungspolizei nicht ab. Am 25. Juni 1917 verlangten Lloyd's 80 Guineen in bar gegen die Verpflichtung, am 31. Dezember 1917 hundert Guineen ausbezahlen, falls der Krieg bis dahin nicht zu Ende sei. — Neben diesen Versicherungen aus reiner Spielerleidenschaft steht noch eine andere Art von Friedensversicherungen, die dem Zweck dient, die Kriegsindustrie im Falle eines reich abgeklärten Friedens schadlos zu halten. Hier gilt es die Deckung von möglicherweise eintretenden tatsächlichen Schädigungen. Neue Industrien sind entstanden, alle den Bedürfnissen des Krieges entsprechend umgebildet worden, neue, kostspielige Industrieanlagen, für die täglich keine Verwendung mehr sein wird, aus dem Boden emporgeschossen; und gegen solche Verluste werden schon jetzt Versicherungen aufgenommen.

Kaledins abwartende Haltung.

London, 9. Dezember. (Reuters.) Nach Meldungen der Petersburger Telegraphen-Agentur vom 8. bringen die Petersburger Zeitungen zahlreiche Artikel aus dem Dongebiet, die melden, daß Kaledin in Romaschewsk eine abwartende Haltung einnehme. In allen anderen Orten im Dongebiet sei die Macht in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte und des Ukrainischen Rates. In den Kreisen der Arbeiter- und Soldatenräte nehme man an, daß Kaledin eine bewaffnete Rundgebung vorbereite. Die Regierung ergreife die kraftvollsten Maßnahmen, um sie gebührend zurückzujagen.

Wie verspätet aus Petersburg mitgeteilt wird, gab „Sokolnaja Rjtsch“ am 8. Dezember bekannt: Am 1. Dezember reisten freiwillig fünf Garde-Regimenter vom Nikolajbafnhof gegen Kaledin ab.

Frankreichs öffentliche Meinung gefälscht!

Jean Longuet über Lansdownes Brief.

Die französische Presse hatte den Brief Lord Lansdownes bisher nicht besprochen. Der der Winderheit angehörende Deputierte Longuet schreibt am Sonnabend im „Pays“, trotz aller Uebelwollenden und verkehrten Auslegungen sei der Brief Lansdownes eines der wichtigsten politischen Dokumente des Krieges, dessen Wirkungen beträchtlich sein würden. Man habe auf die Unwissenheit des französischen Publikums über die Persönlichkeit des Briefschreibers spekuliert, um zu versuchen, die Tragweite und den Wert des Briefes herabzusetzen.

Longuet erinnert an die politische Kaufbahn und Bedeutung Lansdownes, der der Vater der französisch-englischen Entente sei. Man müsse an Kriegssphäre denken, um den Brief so besprechen zu können, wie es in England vielfach geschehen sei. Die „Times“ des Lord Northcliffe, der für den Weltkrieg eine so fürchterliche Verantwortlichkeit trage, habe sogar den unerschämten Satz schreiben können, daß Lansdowne Deutschland noch besser als Lenin diene. Die französischen Zeitungsagenturen gitterten die Artikel der englischen reaktionären Presse in ausgiebiger Weise, dagegen werde das französische Publikum darüber in Unwissenheit gehalten, daß Lansdownes Erklärungen von beinahe allen liberalen und konservativen Kreisen Englands begeistert aufgenommen worden seien. Die lobenden Besprechungen des „Manchester Guardian“, der „Westminster Gazette“ und der „Daily News“ seien natürlich unterschlagen worden, aber im gleichen Augenblicke, wo der bedeutende Staatsmann Englands mit Schmähungen überschüttet werde, habe Wilson die gleichen Ansichten wie Lansdowne geäußert.

Auf Grund der von Wilson wie von Lansdowne aufgestellten Grundzüge müsse die Entente ihre Kriegsziele nachprüfen. Es sei kein Augenblick zu verlieren, wenn man die schlimmsten Verwicklungen vermeiden wolle. Longuet schließt, im übrigen werde sich die Stimme der Völker allen Imperialisten jeglicher Art und aller Länder zum Trotz Gehör zu verschaffen wissen.

Lansdowne und Wilson.

Basel, 9. Dezember. Der „Neuen Korrespondenz“ wird aus New York gemeldet: Der Vertreter der „New York Times“ in London hat Lansdowne, um seine Ansicht über die Erklärung Wilsons mitzuteilen. Lansdowne erwiderte: Ich habe die Rede Wilsons mit großer Aufmerksamkeit gelesen, ich bin völlig einverstanden mit der Politik, welche er in so berechtiger Weise dargestellt hat. Mit großer Bemühtung kann ich feststellen, daß die Rede viele Stellen enthält, welche die Ansichten unterstützen, die ich auszusprechen vermag.

Kleine Kriegsnachrichten.

Deutsch-amerikanische Handelsvertragsverhandlungen. Die „Telegraph“ aus Kopenhagen erzählt, befindet sich dort eine amerikanische Abordnung, um ein Handelsabkommen zwischen Dänemark und den Vereinigten Staaten zu vereinbaren.

Ein Bloß der Wahlrechtsfeinde.

Aufruf des Frhn. v. Zedlitz.

Der Führer der Freikonservativen, Frhn. v. Zedlitz, hat kürzlich ausgeplaudert, daß vor dem Erlaß der Wahlrechtsreform vom 11. Juli bereits ein fester Bloß im Abgeordnetenhaus bestanden hat, der eine Wahlreform zur Ginterziehung des gleichen Wahlrechts durchsetzen wollte. Jetzt verjagt er seine in Unordnung geratene Schaar wieder zu sammeln, indem er unter der aufrichtigen Ueberschrift „Verständigung der Wahlrechtsgegner“ folgenden Ratschrei in der „Post“ ausstößt:

Die dem Ende nahestehende erste Beratung der Wahlreform im Abgeordnetenhaus hat sich, abgesehen von der Rede des Abg. Strödel, auf einer der Größe der Aufgabe entsprechenden Höhe gehalten. Wenn sie auch noch nicht völlige Klarheit über das Endergebnis gebracht hat, so ist doch bereits jetzt offenbar, daß die entscheidenden Anhänger des gleichen Wahlrechts im Abgeordnetenhaus fast in der Winderheit sind, und daß auch abgesehen von denjenigen, deren Stellung noch zweifelhaft ist, die Zahl der Gegner weit überwiegt. Auch soweit sich schon jetzt fest, daß diese auf eine einfache Ablehnung des gleichen Wahlrechts nicht denken, vielmehr in der Auffassung übereinstimmen, daß an Stelle dessen eine andere Form des Wahlrechts in die Vorlage eingeführt werden müsse. Darüber aber, was an Stelle des gleichen Wahlrechts gesetzt werden soll, gehen auseinander die Meinungen noch auseinander. Ein Teil der Gegner des gleichen Wahlrechts hat mit positiven Vorschlägen überhaupt noch zurückgehalten, von konföderaler Seite wird die berufständische Wahl, von anderer ein Reduktionsrecht befürwortet. Wollen die Gegner des gleichen Wahlrechts zu einem Erfolg gelangen, so wird es aber unbedingt notwendig sein, daß sie sich möglichst bald über diejenige Form des Wahlrechts verständigen, welche dem gleichen Wahlrecht entgegenzusetzen werden soll. Nur wenn sie sich zu einer festen und starken Mehrheit vereinigen, können sie auf Erreichung ihrer Absichten rechnen. Auf eine solche Verständigung wird sich daher in erster Linie die Tätigkeit derjenigen Kommissionsmitglieder richten müssen, die Gegner des gleichen Wahlrechts sind.

Die Regierung hat ein berufständisches Wahlsystem und ebenso ein Pluralwahlrecht für unannehmbar erklärt und hat damit nur das getan, was sie tun mußte, wenn sie nicht selbst die Krone als einen Wortbruch fähig hinstellen wollte. Die „positive Reform“ der Wahlrechtsgegner hat daher keinerlei Aussicht auf Verwirklichung. Den Herren kommt es nur noch darauf an, die Reform scheitern zu lassen und die Verantwortung dafür der Krone zuzuschreiben.

Unter solchen Umständen dürfte es aber auch gar nicht so schwer sein, ein Kompromiß zu schaffen, denn man kann sich ja leicht auf einen Entwurf einigen, von dem man weiß, daß er nie Gesetz wird. So beginnt auch schon die „Kreuzzeitung“

sich langsam von ihren berufständischen Lieblingsgedanken abwenden und für das „ausführlichere“ Pluralwahlrecht zu erwärmen. Dabei will sie an der Steuerleistung „keinesfalls vorübergehen“. Die Konservativen bleiben also dabei, daß der Kriegsgewinner dem Kriegsteilnehmer staatsbürgerlich vorangestellt werden muß.

Wohlich, wenn das Volkswort „Hochmut kommt vor dem Fall“ noch Geltung hat, dann muß der Sturz dieser Leute geschnitternd werden!

In der zu bildenden Wahlrechtskommission von 28 Mitgliedern wird die nationalliberale Fraktion durch folgende Mitglieder vertreten sein: Dr. Lohmann, Schifferer, Hausmann, Schröder und Ludwig. Als Stellvertreter wurden von der Fraktion ernannt die Herren Kanger, Bölsch, Köhling, Dieber und Lufes.

Die sozialdemokratische Fraktion wird, nachdem das Los zwischen ihr und den Unabhängigen zu ihren Gunsten entschieden hat, den Genossen Hirsch angehören. Die übrigen Mitglieder der Wahlrechtskommission stehen (die meisten wohl im doppelten Sinn des Wortes) noch nicht fest.

Gegen hohe Löhne, gegen Arbeitskammern — aber für Longwy und Bricy.

Tagung der Schwerindustriellen.

Der Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustriellen hielt am Sonnabend im Hotel Adlon eine Mitgliederversammlung ab, in der der Geschäftsführer Reichert u. a. an Hindenburgs Wohnung zur fleißigen Munitionserzeugung erinnerte und weiter ausführte:

Dieser sollte auch das Gesetz der Vaterländischen Hilfsdienste geschaffen werden. Der Reichstag aber machte, beeinflusst von den Gewerkschaften, aus dem Entwurf in der kurzen Spanne von 10 Tagen, in denen das Gesetz durchgeprüft worden ist, etwas ganz anderes, indem er den Gedanken der Arbeitspflicht zu Falle gebracht und die Arbeitsfreiheit mitten im Kriege aufgefangen hat. Daß das Gesetz, das schon die Möglichkeit einer angemessenen Verbesserung der Arbeitsbedingungen als Grund zur Wehr von der Arbeitsstätte inmitten des Krieges bietet, den Arbeitenswechsel nicht erheblich beeinträchtigen kann, liegt nahe, ebenso daß manche Bestimmungen dahin führen, die Löhne in der Industrie auf eine Höhe zu schrauben, die im Hinblick auf die künftige Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt überaus bedenklich ist.

Die Arbeitskammern bezeichnen Herr Reichert als vollkommen überflüssig. Dagegen erklärte er, daß man Longwy und Bricy unbedingt haben müsse, da Deutschland sonst zugrunde gehe. Wie Deutschland, oder wenigstens die deutsche Schwerindustrie, solange ohne Longwy und Bricy glücklich sein konnte, sagte er aber ebensowenig wie der nachfolgende Redner Geh. Rat Krusch. Die Versammlung beschloß, den maßgebenden Stellen die Notwendigkeit der Verbreiterung der deutschen Ergründungen vorzutragen. In einer Denkschrift wird insbesondere dargelegt, warum an dem Besty von Bricy und Longwy „für alle Zeiten festgehalten“ und auch die Einfuhr russischer Eisen- und Manganerze sichergestellt werden muß.

Die Abneigung gegen hohe Löhne, gegen jeden sozialpolitischen Fortschritt und die leidenschaftliche Begeisterung für die Eroberung neuer Ausbeutungsgebiete kennzeichnet die Denkschrift, die, von dem engen Kreis der Interessenten abgesehen, dem ganzen deutschen Volke vertraut ist.

Letzte Nachrichten.

Trotsky's Bericht.

Bern, 9. Dezember. Die „Daily News“ aus Petersburg vom 4. Dezember meldet, erhaltete Trotsky am Abend vorher einen Bericht über die bisherige Tätigkeit der Volksregierung. Er führte aus, das Hauptproblem des Landes nach acht Monaten Revolution sei der Frieden. Zur Erreichung dieses Zweckes habe man die Bourgeoiseregierung und Kerenski beseitigt. Die erste Pflicht war das Angebot eines Waffenstillstandes an allen Fronten zur Herbeiführung eines Friedens auf Grund der russischen Formeln, nach denen jedes Volk durch die Disziplin selbst zu entscheiden habe, zu welchem Lande es gehören wolle. Trotsky bemerkte, die Maximalisten hätten anfangs wenig Anhang gehabt. Jetzt hätten sie ganz Rußland hinter sich, mit Ausnahme der sich die Partei der nationalen Freiheit nennenden Kadetten, die in Wirklichkeit Feinde der Freiheit seien. Er besproch kurz das Verhältnis der Volksregierung zu den Allierten, wobei er bemerkte, Kerenski habe zu ihnen gesprochen, wie ein Bedienter zum Herren. Aber man werde ihnen zeigen, daß sie mit der russischen Volksregierung auf dem Fuße der Gleichberechtigung zu verkehren haben. Trotsky fuhr fort: Sobald wir uns stark genug fühlen, haben wir im Namen des russischen Volkes einen Friedensvorschlag gemacht. Wir werden nicht einen diplomatischen, sondern einen Volksfrieden schließen, sobald unsere offene Politik Früchte tragen wird.

Keine wirtschaftliche Vergewaltigung Rußlands!

Berlin, 9. Dezember. (W. T. S.) In Dänemark werden von französischer Seite Meldungen verbreitet, daß Deutschland habe die Absicht, von Rußland bei den Friedensverhandlungen gewisse Warenzufuhr für 16 Jahre zu erlangen. In dieser Richtung, die nur zur Beunruhigung der russischen öffentlichen Meinung erfunden ist, ist kein wahres Wort.

Frankreich bleibt mit Rußland in Verbindung.

Stockholm, 8. Dezember. (Schwedisches Telegraphenbureau.) Der hiesige Bolschewizistiker teilt aus Petersburg vom 4. Dezember mit: „Djelo Naroda“ hat auf der französischen Botschaft erfahren, daß die Stellung Frankreichs zu den Friedensverhandlungen gewisse Warenzufuhr für 16 Jahre zu erlangen. In dieser Richtung, die nur zur Beunruhigung der russischen öffentlichen Meinung erfunden ist, ist kein wahres Wort.

Amerika und die Schweiz.

Bern, 9. Dezember. (Meldung der Schweizerischen Depesch-Agentur.) Die Wirtschaftsverhandlungen in Paris zwischen Vertretern der Schweiz und den Vereinigten Staaten sind abgeschlossen. Der Entwurf der Vereinbarung darf als Weisheit dafür betrachtet werden, daß die amerikanische Regierung entschlossen ist, in freundschaftlicher Weise die Versorgung der Schweiz mit Brotgetreide und anderen unerlässlichen Waren sicherzustellen.

Parteinachrichten.

Die „Westfälische Allgemeine Volkszeitung“ in Dortmund hat in letzter Zeit einen erfreulichen Anstieg an Abonnenten zu verzeichnen. Sie bucht einen Abonnentenzuwachs von 2550, der in der Hauptsache datiert seit den Tagen, da unser Dortmund Parteiblatt auf einige Zeit verfallen wurde. Der Arbeits- und Werksgeist der Genossen ist dadurch geweckt worden und die besten Erfolge zeigen sich jetzt. Die Partei und namentlich auch die gewerkschaftlichen Organisationen im Gebiet der „Westfälischen Allgemeinen Volkszeitung“ machen ebenfalls sehr gute Fortschritte.

Groß-Berlin

Die Berliner Gemüsenot.

Streik der Gemüsehändler in Sicht.

Mit den Mängeln der Berliner Gemüseversorgung beschäftigte sich eine öffentliche Versammlung von Klein- und Großhändlern des Gemüses und Obsthandels, die am gestrigen Sonntag in der Neuen Friedrichstraße in Haberlands großem Saal stattfand und außerordentlich stark besucht war.

Generalsekretär Reubaur von der Berliner Ortsgruppe des „Reichsverbandes deutscher Gemüse- und Obsthändler“ leitete sein Referat mit der Erklärung ein, daß er den bisherigen sanften Ton seit habe und gegenüber dem Magistrat jetzt eine kräftige Sprache führen wolle. In scharfen Worten, die von den Zuhörern mit oft sich wiederholendem Beifall begleitet wurden, wandte der Referent sich gegen das Verfahren, das der Magistrat bei der Verteilung der Auslandsware befolgt. Der kleine Ladeninhaber müsse sich mit minderwertigem Inlandsgemüse begnügen, und in den Außenvierteln der Stadt werde mancher Händler von den Arbeiterfrauen vorwurfsvoll gefragt, ob es denn nicht mal was anderes als immer nur Pfefferkörner gebe. Die bessere Auslandsware ließe in den Markthallen, wo sie durch die Wohlhabenden, die ihre Dienstmädchen schicken können, aufgekauft werde. Manches davon werde auch verschoben und erzielt Preise, die der kleine Händler und die minderbemittelte Bevölkerung nicht zahlen könne. Hier sehe man, daß dieses System nicht nur die Inhaber kleiner Geschäfte, sondern auch die minderbemittelten Verbraucher schädigt. Das müsse endlich anders werden. Reubaur tabelte auch das Verfahren, das der Magistrat bei der Verteilung des Weihnachts-ohfres befolgen will. Noch nicht 200 Ladengeschäfte und eine Anzahl Markthallenstände sollen dabei berücksichtigt werden, während es in Berlin 3000 Gemüse- und Obsthändler gibt. Würden die dem Magistrat zur Verfügung stehenden 15000 Zentner Äpfel gleichmäßig auf alle Geschäfte verteilt, so müßte jeder Händler 6 Zentner erhalten und der Verkauf könnte rasch vonstatten gehen. Nach dem Plan des Magistrats entfallen auf die wenigen ausgewählten Geschäfte durchschnittlich je 70—80 Zentner, wobei dann die Käufer aus größeren Bezirken zusammenströmen und wahrenschleich „Kesselpolonaise“ stehen müssen. Dasselbe System will der Magistrat auch für eine geplante Verteilung von 27000 Zentner Gemüse durchführen. Der Referent empfahl unter stürmischem Beifall der Versammelten die Annahme einer Resolution, in der die Händler drohen, vom 20. Dezember ab ihre Geschäfte zu schließen und den Verkauf von Gemüse und Kartoffeln einzustellen, wenn nicht der Magistrat die Auslandsware gleichmäßig verteilen lassen wolle.

Ein Vertreter der Reichsgemüsestelle, der für den verhinderten Herrn v. Killy in der Versammlung erschienen war, erklärte, die Reichsgemüsestelle habe kein Aufsichtsrecht über den Magistrat. Zu Reubaur's Angaben über Gemüseüberflus in Süddeutschland und über Verhinderung der Ausfuhr von dort versproch er, daß die Reichsgemüsestelle eingreifen werde. (Zuruf: Aber Wort halten!) Gegen den Magistrat sollten die Händler, rief er ihnen, sich an den Oberpräsidenten wenden.

Die Resolution über die Schlichtung der Geschäfte wurde einstimmig angenommen. Die Fortsetzung der Diskussion brachte noch weitere Klagen und erregte Ausführungen über Mängel der Gemüseversorgung.

Trauerfeier für Artur Stadthagen.

Der verstorbenen Reichstagsabgeordnete Artur Stadthagen wurde am gestrigen Sonntagmorgen auf den hiesigen Gemeindefriedhof in Friedrichsfelde beigesetzt.

Der Beerdigung ging am Mittag eine Trauerfeier im Saal des „Café Bellevue“ am Bahnhof Stralau-Nummelsburg voraus, wo Stadthagen oft zu seinen Niederbarnimer Wählern gesprochen hatte. Vor dem Sarg, der unter Klagen verstand, sprachen die Abgeordneten Voght, Gaele, Ad. Hoffmann, Euzum und der Stadtverordnete Waldes Wansche, die die Verdienste des Verstorbenen an der Arbeiterbewegung feierten. Etwa 5000 Menschen hielten den Leichnam durch Nummelsburg und Lichtenberg nach Friedrichsfelde, wo der Sarg der Erde übergeben wurde. Nach der Beerdigung löste sich der Zug in den Straßen von Nimmensberg auf.

Offe für die deutschen Kriegsgefangenen in Rußland. Um der Not der deutschen Kriegsgefangenen in Rußland abzuhelfen, sind soeben vier Millionen Mark, davon drei Millionen aus Reichsmitteln, eine Million aus nationalen Spenden, der deutschen Schutzmacht Schweden zur Verfügung gestellt worden. Diese Mittel sind in erster Linie zur Beschaffung von Zusatznahrung zur Gefangenenkost und zum Ankauf warmer Unterwäsche bestimmt. Das Schwedische Rote Kreuz wird, wie bisher, in tatkräftiger, mütterlicher Weise für eine zweckentsprechende Verwendung der Gelder sorgen. Auf einem anderen sicheren Wege werden früher weitere erhebliche Geldmittel zur Versorgung der deutschen Kriegsgefangenen in Ost-Rußland in allerhöchster Zeit zur Verfügung gelangen.

Neber einen Revolverkampf zwischen Eindringern und einem Schützen wird aus dem Norden der Stadt berichtet. Als der Schütze Hermann in der Nacht zum Sonntag kurz nach 1 Uhr auf einem Rundgang durch die Sauerstraße kam, überraschte er mehrere Männer bei dem Versuch, in dem Hause Nr. 8 in die Räume einer Konsumgenossenschaft einzudringen. Die Eindringler ergriffen die Flucht, gab aber auf den sie verfolgenden Beamten mehrere Schüsse ab, um ihn an ihrer Festnahme zu verhindern. Alle gingen fehl. Der Schütze ergriff zur Diensthohe und schloß fünfmal auf seine Gegner. Einer von diesen, ein 48 Jahre alter Schloffer Gustav Raabe aus der Liebenwalder Straße 42, erhielt eine Kugel in den linken Unterschenkel und wurde fest gefangen. Die anderen Eindringler entliefen. Raabe wurde zunächst nach dem Städtischen Krankenhaus und dann als Polizeigefangener nach der Charité gebracht.

Reinländer. Ausgabe von Reis und Schokolade. Der Gemeindevorstand gibt bekannt: Kinder, die in der Zeit vom 1. Dezember 1918 bis 22. Dezember 1917 geboren sind, erhalten je ein Paket Reis zum Preise von 40 Pf.; Kinder, die in der Zeit vom 1. Dezember 1907 bis 30. November 1913 geboren sind, erhalten je eine Tafel Schokolade zum Preise von 1,50 Pf. Begünstigte

